

# Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortl. Redakteur: Heinrich Lehmann, Riessa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riessa.

Das Riessaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen

der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riessa, des Finanzamts Riessa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1589  
Bismarckstr. 22.

Nr. 194.

Dienstag, 21. August 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riessaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 16. bis 31. August 450000.— Wert einschließlich Bringerlohn. Für den Fall des Einzetelns von Produktionsvermehrungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen erhalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundstiftzeile (6 Silben) 100000.— Mt.; zeitüberdauernde und tabellarische Satz 50%, Aufschlag. Festes Tarife. Unerwarteter Rabatt erteilt, wenn der Betrag vorläufig eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riessa. Wichtigste Anzeigen: „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verfertiger der Druckerei — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Postanschrift und Verlag: Langer & Winterlich, Riessa. Geschäftskonto: Goethestr. 59.  
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riessa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riessa.

Auf Blatt 28 Vereinsregisters ist heute der „Reinholderverein Gröba in Gröba“ eingetragen worden.  
Amtsgericht Riessa, den 20. August 1923.

In das hiesige Güterrechtsregister ist heute eingetragen worden: Seite 161, den Kaufmann Karl Anton Oberbach in Riessa und dessen Ehefrau Linda Frida geb. Haupt betr.: Die Verwaltung und Nutzung des Mannes ist durch Ehevertrag vom 17. August 1923 ausgeschlossen worden.  
Amtsgericht Riessa, den 20. August 1923.

Auf Blatt 362 Handelsregisters, die Firma: Elektrizitätswerke-Betriebs-Gesellschaft in Riessa betr., ist heute eingetragen worden: Procura ist erteilt dem Kaufmann Paul Jähnigen in Dresden.  
Amtsgericht Riessa, den 17. August 1923.

Blatt 655 Handelsregisters ist heute die Firma Richard Fehre in Riessa und als deren Inhaber der Kaufmann Hermann Richard Fehre in Riessa eingetragen worden. Angegebener Geschäftszweig: Großhandel mit Schokoladen-, Zucker- und Tabakwaren.  
Amtsgericht Riessa, den 20. August 1923.

## Poincaré — Stresemann.

Poincaré ist kühler geworden. Bisher hatte dieser Sonntagredner und Denkmalschiller mit den großartigen Manieren kleiner Straßensaboteure, die auf eine simple Geschworenenbank wirken wollen, die deutsch-französischen Angelegenheiten behandelt. Die Verhältnisse in Frankreich und die zunehmende Angst vor der Isolierung drängen aber auch jenseits des Rheins immer härter zu einer Lösung des Ruhrkonflikts. Poincaré hat daher die günstige Gelegenheit des Regierungswechsels in Deutschland dazu benützt, ein lebenswichtiges Gesicht aufzuwerfen, um mit freundlicheren Gesichten seine hartnäckig verfolgte Idee zu erreichen. Seine Höflichkeit bestärkte er am Sonntag auch darin, daß er sich über die Reparationsfrage auswich. Stresemanns Regierungserklärung ignorierte und mit artigen Andeutungen dem neuen Kanzler für genauere Darlegungen von Verständigungsmöglichkeiten den Vortritt läßt. Stresemann hat auch bereits bekanntgegeben, daß er diesem Wunsche entsprechen wird. Er wartet zunächst die Veröffentlichung der Antwortnote ab, die Frankreich an England gerichtet hat, und will dann Ende der Woche seine Ansichten über die zwischen Deutschland und Frankreich bestehenden Konflikte bekanntgeben. Dr. Stresemann hat sich als Abgeordneter mehr wie einmal über die Reparationsfrage geäußert. Seine Ansichten hierüber sind bekannt. Sie lauten etwa dahin: Wenn Frankreich Reparationen wirklich haben will, wird man sich über Höhe und Form der Zahlung leicht verständigen können. Es steht hierbei für beide Länder soviel auf dem Spiel, daß eine Einigung nicht an einem Streit über eine Milliarde mehr oder weniger scheitern darf. Voraussetzung ist, daß die Souveränität des Deutschen Reiches nicht angetastet wird. An Rhein und Ruhr darf nicht gerührt werden.

Das offizielle Blatt der französischen Regierung, der „Temps“, gibt der Rede Poincarés in Charleville eine besondere Bedeutung. Poincaré hat auf die verhängnisvollen internationalen Folgen hingewiesen, die durch Deutschlands feinerzeitige Annexion von Elsaß-Lothringen entstehen seien. Der „Temps“ hört aus dieser moralischen Betrachtung die Absicht Poincarés heraus, Fehler gleicher Art zu vermeiden, d. h. also sich nicht an deutschem Gebiet zu vergreifen. Wenn sich eine Sinnesänderung der französischen Regierung in dieser Art vollzogen hat, dann ist die Verständigung mit Frankreich in der Tat einen großen Schritt weitergekommen. Alle bisherigen Reden und Verhandlungen Frankreichs, alle die Drohungen mit der Pfänderpolitik und „Sicherheitsmaßnahmen“ muhten im deutschen Volke die Überzeugung befestigen, daß es Frankreich nicht darum zu tun ist, den durch den Krieg erlittenen Schaden ersetzt zu erhalten, sondern daß es im Siegestaumel, in Herrscher und übertriebener Sicherungslust Deutschland dauernd schwächen, d. h. zerstören und zerschlagen will.

Wenn Frankreich den Fortschritt seiner bisherigen Methoden einsieht und beginnt sich wirklich darauf beschränken will, nur sein Guthaben an Reparationen einzusetzen, so ist dem neuen Reichskanzler Dr. Stresemann Gelegenheit geboten, Deutschlands Bereitwilligkeit zur Bezahlung verminderter und tragbarer Reparationen auf neue zu versichern und die Möglichkeit einer Verständigung darzulegen. Frankreichs Antwort an England wird Poincarés Programm enthalten, sobald dem Reichskanzler Gelegenheit geboten ist, unsere Gegenbedingungen anzuführen.

## Zur Rede in Charleville.

London. Der Vazier-Berichterstatter der „Times“ schreibt, die Veröffentlichung der französischen Note müsse abgewartet werden, um den Inhalt der Antwort auf die englische Note festzustellen, denn es könne nicht gesagt werden, daß Poincaré in seiner Rede in Charleville irgend ein neues Licht auf die Lage geworfen habe.

Der Vazier-Berichterstatter der „Daily News“ schreibt, in der Rede des französischen Premierministers sei nichts enthalten gewesen, was auf die Wahrscheinlichkeit deute, daß Poincaré in den Hauptpunkten, in denen er mit Groß-Britannien nicht übereinstimme, irgend welche Zugeständnisse machen werde. — In einem Leitartikel schreibt „Daily News“, Poincaré habe gezeigt, wie er die Verdrängung aus England aufnehme, daß er besser als Baldwin verstehe, welche Politik im wahren Interesse Groß-Britanniens liege. Dies sei die Art herabwürdiger Torheit, die Chamberlain durch seine Angriffe ermutigt habe. Wenn Poincarés Rede in Charleville ein Hinweis auf seine bevorstehende Note an Groß-Britannien sei, so sei wenig davon zu erhoffen. Poincaré sehe sich als den Schwächsten Europas an, dessen Defekte auszunutzen droht und ängstlich sei. Es sei zu hoffen, daß Baldwin seine weitere Zeit verlieren werde bei dem Versuch, den Unüberzeugbaren zu überzeugen, sondern mit jener „Separation“ vorgehen werde, die er als unvermeidliche Folge fortgesetzter französischer Unnachgiebigkeit angesehen hat.

London. „Times“ schreibt, sollte die gestrige Rede Poincarés als eine Vorankündigung anzusehen sein, so könne angenommen werden, daß die französische Note Finanzminister Poincarés enthalten werde.

„Times“ ist weiter überzeugt, daß die europäische Stabilität am besten durch offenes Zusammenwirken unter gleichen Bedingungen zwischen Großbritannien und Frankreich gesichert werden könne. Dieses Zusammenwirken werde jedoch durch die Wiederholung des Bündnisses nach vereinbarten Vorgehen allein nicht gefördert werden. Unter den gegenwärtigen Umständen habe die Hebung eines solchen Bündnisses auf Seiten des französischen Premierministers keinen Wert. Seit über sieben Monaten habe Frankreich versucht, das Reparationsproblem in seiner eigenen Weise zu lösen. Soweit augenblicklich zu übersehen sei, beabsichtige Frankreich nicht, sein Verhalten zu ändern, und zwar trotzdem, daß die fortwährende Befestigung des Ruhrgebietes die Wirkung gehabt habe, daß die vorsichtige und von Sorge eingegebene Mißbilligung, die zuerst von der britischen Regierung ausgesprochen wurde, in den Protest umzuwandeln, der in der letzten britischen Note enthalten sei. Poincaré scheint wirklich zu denken, daß eine vereinigte Aktion nur zustande gebracht werden könne, wenn Groß-Britannien seine Zustimmung zu der Politik erteile, die jetzt von Frankreich verfolgt werde. — Das Blatt fährt fort: „Wir werden unter dem Problem nicht lösen, indem wir, wenn auch vorübergehend, die Neutralität aufgeben, nur weil unsere Alliierten sich weigern, irgend eine Alternative in Betracht zu ziehen. Die englische Regierung hat vernünftige Alternativen vorgeschlagen und wird sie zweifellos gerne mit unseren Alliierten erörtern. Vielleicht wird die nächste Note trotz des entmutigenden Tones der Rede Poincarés Material für eine derartige Erörterung bieten. Für den Augenblick ist der einzige etwas ermutigende Umstand, den wir sehen können, die neue Entschlossenheit in Deutschland, eine finanzielle Reform durchzuführen, und die Anstrengung, die Mark irgendwie zu stabilisieren. Wenn Herr Stresemann wirklich seine Erklärung in die Praxis umsetzen kann, daß die beste Außenpolitik die Herstellung der Ordnung im Innern ist, wenn er vollständig die Leiharbie abkündigt, die Deutschland bis an den Rand des Abgrundes geleitet hat, dann besteht immer noch Hoffnung auf eine Frist. In der noch verbleibenden Zeit kann eine vernünftige Ansicht vom Reparationsproblem allmählich Boden gewinnen, und in einer sich allmählich aufläuternden Atmosphäre können die Alliierten schließlich die Möglichkeit finden, über eine gemeinsame Politik übereinzukommen.“

## Poincaré habe die Einigkeit der Alliierten serhört.

London. „Daily Chronicle“ schreibt, in England wisse man mehr über die Ursache des Rückganges des englischen Handels als Poincaré, und seine gewohnte Methode den Engländern zu sagen, daß er Recht und die Engländer Unrecht hätten, mache besonders in einem Maße, wie die jetzt, keinen Eindruck. Poincaré habe es in seiner Rede gehabt, die Einigkeit der Alliierten aufzuheben, der er Lippenstift leiste; er habe sie aber zerstört. Poincaré werde sie nicht wiederherstellen, indem er den Engländern zeige, was sie tun müßten, oder indem er von ihnen erwarte, daß sie immer seinem Diktat folgten. Es würde besser sein, wenn Poincaré einsehen würde, daß ein Zusammenwirken auch Jugendschritte bedeuten und daß die Jugendschritte nicht nur einseitig sein könnten. Die britische Nation werde müde, die Rechte Europas und die Würde und die Interessen Englands auf das anmaßende Gehör des französischen Premierministers hin aufzugeben.

## Die Notlage der sächsischen Industrie.

### Eine Warnung an die Arbeiter.

Bei dem sächsischen Arbeitsministerium haben Vertretungen der sächsischen Industrie die dringendsten und nachdrücklichsten Klagen darüber erhoben, daß es einer großen Anzahl von Firmen nicht möglich sei, die mit ihren Arbeitnehmern vereinbarten Löhne und Beihilfen auszusahlen, weil ihnen seitens der Banken, insbesondere seitens der Reichsbank, nicht der genügende Kredit eingeräumt werden kann. Das sächsische Arbeitsministerium hat sich an das Reichswirtschaftsministerium gewandt, um eine Bedingung der finanziellen Notlage der sächsischen Industrie durch weitgehende Kreditgewährung seitens der Reichsbank herbeizuführen. Das Arbeitsministerium hat in der Eingabe darauf hingewiesen, daß die Arbeitnehmer in dieser Zeit der kurzfristigen Not in das größte Elend geraten, wenn die Löhne und Beihilfen nicht zur Auszahlung kommen.

Im weiteren sei die Erscheinung beobachtet worden, daß die Arbeitnehmer durch die Nichtauszahlung der Löhne in gewaltige Erregung kommt, was sie letztendlich annimmt, es lege eine demütigende Absicht von Seiten der Industrie vor. Außerdem betrachtet die Arbeitnehmer durch das Verlangen nicht zahlungsfähiger Firmen als den Druck gegebener Verprechungen. Diese Notlage und diese Stimmungen sind bei der jetzigen auf die Verhältnisse gebrachten politischen Lage von der allergrößten Bedeutung. Das sächsische Wirtschaftsministerium in Berlin dringlichst gebeten, mit allem denkbaren Nachdruck auf die Kreditinstitute, insbesondere die Reichsbank, hinzuwirken zu wollen, daß sie den

Kreditbedürftigen Firmen die zur Auszahlung der Löhne und Beihilfen erforderlichen Kredite schnellstens zur Verfügung stellen. Dem Herrn Reichsarbeitsminister ist gleichfalls eine Abschrift dieses Schreibens mit der dringenden Bitte um Unterstützung zugeleitet worden.

Durch die rasenden Preissteigerungen in den letzten Tagen haben sich auf dem Gebiete der Lohnpolitik Dinge ereignet, die auf die Dauer unhaltbar werden müssen. Beim sächsischen Arbeitsministerium sind in der letzten Zeit eine ganze Anzahl Anträge auf Betriebsstilllegungen eingegangen. Die Anträge werden damit begründet, daß die Industrierwerke nicht die Kapitalien aufbringen können, um zur rechten Zeit die Löhne und Gehälter zur Auszahlung zu bringen. Die sächsische Arbeitnehmerschaft wird und muß einsehen, daß eine Lohnpolitik, die ganz aus dem Rahmen der Lohnverhältnisse der übrigen Bezirke Deutschlands fällt, letzten Endes zu einem Stilllegen der sächsischen Industrie führt. Es muß unter allen Umständen versucht werden, die Lohnkämpfe in geregelte Bahnen zu lenken und es wird Aufgabe der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften sein, in diesem Sinne die Voraussetzung dafür zu schaffen. Die dann vereinbarten Löhne und Beihilfen müßten im Interesse der Arbeitnehmerschaft selbst auch für die Arbeitnehmer außerhalb des Rahmens der Vereinbarung besondere Abschlüsse vom Unternehmer erstreckt. Damit würde der gesunde Boden der Tarifverträge vernichtet werden. Das Interesse der Arbeitnehmerschaft gebietet, daß derartige Unklarheiten und Unangemessenheiten in Zukunft unter allen Umständen vermieden werden. Das Arbeitsministerium wird die Arbeitnehmerschaft in ihrem gerechten Lohnkampf nach einem Reallohn, der auch den Preissteigerungen zu folgen hat, auf das fröhliche unterstützen. Das kann aber nur geschehen auf dem Wege einer tarifvertraglichen Vereinbarung. Die Festlegung eines neuen Lebensunterhaltsindex wird jede Woche durch das Statistische Landesamt und eine Kommission, worin die Gewerkschaften vertreten sind, erfolgen. Dieser Entwertungsfaktor, der amtlich bekannt gegeben wird, soll der Arbeitnehmer bei der Anpassung der Löhne und Gehälter an die jeweilige Preissteigerung sichern. In dieser Richtung zu arbeiten, gebietet das Interesse der Arbeitnehmerschaft. Das sächsische Arbeitsministerium hat angeordnet, daß eine entsprechende Anweisung an die Schlichtungsausschüsse und Demobilisationskommissionen ergeht, die Tarifverträge in demselben Maße kurzer Frist zu vereinbaren.

## Ein Telegramm des Industrieverbandes Hannover.

Der Industrieverband Hannover hat an den Reichskanzler folgendes Telegramm gerichtet: Die Kreditnot der Industrie erfordert unverzüglich Maßnahmen, sonst Zusammenbruch selbst mittelgroßer Betriebe in kürzester Zeit zu gewärtigen. Einschneidende Verringerung der Kreditgewährung seitens der Banken muß gelodert werden. Die zur Zeit von diesen zur Verfügung gestellten Kreditbeträge sind nur etwa ein hundertster Teil des im Frieden gewährten Kredits. Grund hierzu ist in der ungenügenden Anpassung der Reichsbank an die veränderten Verhältnisse zu suchen. Witten, recht bald bei der Reichsbank Verringerung durchzusetzen.

## Beratungen des Reichskabinetts.

Im Vordergrund der gestrigen Beratungen des Reichskabinetts stand die Frage der Aufbringung eines Devisenfonds, der zum Ankauf von Lebensmitteln und zur Durchführung einer neuen Markführung dienen soll. Außer der Frage der Devisenbeschaffung wurden in der gestrigen Kabinettsitzung die Kohlen- und Transportpreise erörtert. Auch über verbleibende wichtige Steuerprobleme sei gesprochen worden. Ueber die gesamten bevorstehenden wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen will der Reichskanzler im Hauptausdruck des Reichstages, der für Donnerstag einberufen ist, ausführliche Mitteilungen machen. Laut „Vorwärts“ wird der Reichskanzler heute mittag Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über die geltend gemachten Kabinettsbeschlüsse unterrichten. Mit besonderem Interesse wird, wie das Blatt schreibt, seine Auskunft über die Regelung des Falles Sabentstein erwartet.

## Dr. Seigner gegen Stresemann.

Aus Berlin wird dem Telemobil-Sachdienste geschrieben. Wie die Reichsregierung am 17. August hat bekannt geben lassen, ist in der Unterredung des Reichskanzlers mit dem sächsischen Ministerpräsidenten vereinbart worden, daß die von Sachsen erhobenen Vorwürfe gegen den Reichsarbeitsminister Gehler zunächst einmal im Kabinett beraten werden sollten. Bis dahin sollte jede weitere Veröffentlichung unterbleiben. Trotz dieser Vereinbarung hat Dr. Seigner in der Nr. 193 seines Parteiorgans, der „Dresdner Volkszeitung“, vom 18. August mitteilen lassen, daß diese Vereinbarung getroffen worden sei. Damit ist es der Reichsregierung unmöglich gemacht worden, die diesfallsige Frage unter der Hand ohne Beteiligung der Öffentlichkeit zu erledigen. Es liegt auf der Hand, daß dieses Vorgehen des sächsischen Ministerpräsidenten in Berlin peinlich